

„Jetzt drei Tage ‚Verler Leben‘“

Im Januar 1968 verschob der Rat den Vieh- und Krammarkt auf das erste Wochenende im September

Das beliebte Volksfest „Verler Leben“ war in den 1960er Jahren noch ein Vieh- und Krammarkt: Hier wechselten Groß- und Kleinvieh den Besitzer, ebenso wie Werkzeuge und Landmaschinen, Haushaltswaren und Textilien, Obst und Süßigkeiten. Außerdem gab es Karussells und Schießbuden und abends Musik und Tanz in den Gastwirtschaften. Das alles fand nach altem Brauch mitten in der Woche, jeweils am vierten Mittwoch und Donnerstag im August, statt.

Doch im Januar 1968 beschloss der Rat der Gemeinde Verl, den Markt auf das erste September-Wochenende zu verschieben und ihn gleichzeitig um einen Tag zu verlängern. Die anwesenden Journalisten notierten, wie Amtsdirektor Dr. Klose diese Entscheidung begründete: Der neue Termin sollte „Verler Leben“ für alle Beteiligten anziehender machen. Für die Schausteller würde es sich, anders als bisher, an einem langen Wochenende lohnen, von Freitag bis Sonntag größere Fahrgeschäfte nach Verl zu entsenden. Damit wäre der Markt auch für die Besucherinnen und Besucher attraktiver. Gleichzeitig sollte „Verler Leben“ nicht mehr auf dem unbefestigten Marktplatz vor dem Bahnhof stattfinden, sondern wieder ins Dorf zurückkehren. In den Zeitungen steht für diese Entscheidung kein Grund. Doch nach einer Akte im Stadtarchiv wollte die Gemeinde den Platz der Post für den Bau eines neuen Post- und Fernmeldeamts zur Verfügung stellen.



Die Luftaufnahme aus dem Jahr 1969 zeigt das Amtshaus (das heutige Rathaus).

Ganz rechts ist die Telefonzelle zu sehen, die die Post 1968 aufstellte.

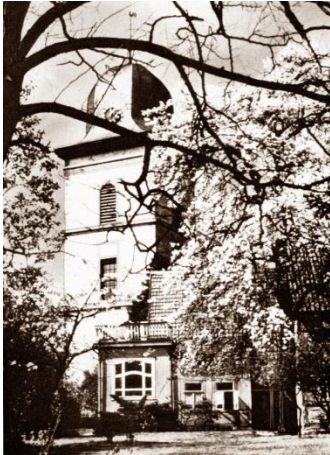
Die Post war für die Zeitungen im Januar 1968 aber in einem anderen Zusammenhang ein Thema: Sie hatte neben dem Amtshaus (dem heutigen Rathaus) endlich die erste von vier Telefonzellen aufgestellt. Damals herrschte noch keine „telefonische Vollversorgung“ – erst recht nicht, wie wir sie heute kennen. Daher war „schon lange in der Gemeinde der Wunsch nach einer Fernsprechkabine laut geworden; im Postamt kann man nur in der Dienstzeit telefonieren. Auch viele Reisende hatten schon ihr Befremden darüber ausgedrückt, daß in so einer großen Gemeinde keine Fernsprechkabine installiert sei. Um diesem Uebelstand abzuweichen, hatte die Gemeinde vor fast einem Jahr beim Fernmeldeamt den Antrag gestellt auf Errichtung einer Telefonzelle.“ Drei weitere sollten am Bühlbusch, in Verl-West und an der St.-Georg-Schule in Sürenheide entstehen.

Inzwischen hat die Telekom von zuletzt sechs öffentlichen Fernsprechern im Stadtgebiet fünf wieder abgebaut, weil sie niemand mehr nutzte. Nur die Telefonzelle am Marktplatz steht heute noch. *(Im Mai 2018 hat die Telekom auch sie abgebaut. AH)*

„Gemeindeleben in der Chronik“

Anfang Februar 1968 erschien ein „wertvoller Beitrag zur Heimatgeschichte“

Im Februar 1968 veröffentlichte die Kirchengemeinde St. Anna in Verl ein „Büchlein“ von 24 Seiten, das „die Pfarrgeistlichkeit“ unter Führung von Pfarrer Joseph Ludwig für alle Gläubigen und kirchengeschichtlich Interessierten verfasst hatte. Auch die örtlichen Zeitungen empfahlen ihrer Leserschaft die kleine Chronik wärmstens: Sie biete „einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zum besseren Verständnis des Verler Raumes“ und gehöre „eigentlich in jeden Haushalt“.



Das Titelbild des Heftchens „St. Anna“ mit dem Kirchturm hinter dem frühlingsblühenden Garten des Hauses Schroeder am Kirchplatz.

Der umfangreichste Beitrag des Heftchens „St. Anna“ widmet sich der Geschichte der Kirchengemeinde, und hier vor allem der Baugeschichte der 1801 geweihten St.-Anna-Kirche. Im Mittelpunkt steht die Baumaßnahme des Jahres 1933, die den Innenraum völlig veränderte: Um Platz zu gewinnen, entstand für einen neuen Chor- und Altarraum eine Erweiterung nach Westen – daraus erklärt sich, dass der Innenraum, anders als üblich, heute nicht mehr geostet ist. Im Osten entstand stattdessen die Orgelempore. Der Kunstmaler Heinrich Repke aus Wiedenbrück gestaltete den neuen Innenraum nach den Vorstellungen des damaligen Pfarrers Johannes Häner im Geschmack des Barock. Zahlreiche Fotografien in dem kleinen „Buch“ belegen diese Veränderungen.

Dem geschichtlichen Beitrag, der mit der Weihe der St.-Judas-Thaddäus-Kirche in Sürenheide 1957 endet, folgen Hinweise auf die für das Dorf und das damalige Amt Verl unentbehrlichen Einrichtungen der Kirchengemeinde: auf das St.-Anna-Hospital, den Kindergarten und die Pfarrbücherei. Auf ein reiches Gemeindeleben lassen die aufgeführten neun Jugend-, Männer- und Frauenvereine und -gemeinschaften schließen. Dass auch die heimische Geschäftswelt sich der Kirchengemeinde verbunden fühlte (und gleichzeitig hier ihre Kundschaft fand), zeigen die letzten sechs Seiten, die mit Inseraten gefüllt sind.

Weil im Verlauf von fünfzig Jahren die Geschichtswissenschaft Fortschritte macht, soll hier noch eine Berichtigung erfolgen: „Erstmals wird der Name Verl in einer Urkunde des Staatsarchivs Osnabrück aus dem Jahr 1350 mit ‚Verlo‘ erwähnt“, steht in dem kleinen 1968 erschienenen Heft. Inzwischen hat Ulrich Brocks erforscht, dass der Name Verl verbunden mit einem „Hinricus de Verlo“ („Heinrich von (dem Hof) Verlo“) bereits in einer Urkunde des Landesarchivs in Münster aus dem Jahr 1264 erscheint – ein Wissen, das eigentlich in jeden Haushalt gehört.

„Verls Ehrenmal soll umgestaltet werden“

Im März 1968 entschied der Rat der Gemeinde Verl über das neue Aussehen des Denkmalplatzes

Seit 1923 ragt in der Mitte des früheren Dorffriedhofs, dem heutigen Denkmalplatz, ein großer Obelisk aus Sandstein in die Höhe. Der Kriegerverein hatte ihn zur Erinnerung an die Gefallenen des Ersten Weltkriegs aus den Gemeinden Verl, Bornholte und Sende (was der Kirchengemeinde Verl entsprach) aufgestellt. 1938 gab er das Ehrenmal in die Obhut der politischen Gemeinde Verl, der bereits der Platz gehörte. 30 Jahre später, im März 1968, beschloss der Rat der Gemeinde seine Neugestaltung. Inzwischen war das Ehrenmal „alles andere als ein würdiger Ort“, schrieben die Zeitungen damals, sondern „schmucklos und verwildert“. Deshalb zog sich die Anlage „immer wieder die Kritik der Anlieger zu“. Ein Antrag der Bürgerschützenvereins Verl-Bornholte-Sende im März 1967 gab den Anstoß, zu handeln: Der Verein wollte anlässlich seines 40jährigen Bestehens im Jahr 1968 eine Gedenktafel für die Gefallenen des Zweiten Weltkriegs stiften. Für sie gab es bis dahin noch keine Gedenkstätte in Verl. Weil gleichzeitig das alte Denkmal darauf wartete, „gründlich renoviert“ zu werden, bildete der Rat gemeinsam mit dem Bürgerschützenverein einen Ausschuss in dieser Angelegenheit.

Das Ergebnis seiner Beratungen war der Auftrag an den Gartenarchitekten Ferdinand Wolf aus Neuenkirchen, die Grünanlagen des Platzes neu zu planen. Außerdem forderte die Gemeinde Verl die beiden einheimischen Bildhauer Bruno Buschmann und Heinz Hollenhorst auf, Entwürfe für ein das Ehrenmal ergänzendes Mahnmal für die Gefallenen des Zweiten Weltkriegs einzureichen. Während Bruno Buschmann einen Sarkophag mit einer bronzenen Deckplatte vorschlug, wollte Heinz Hollenhorst eine unregelmäßig angeordnete Mauer aus den Quadern der Einfassung des Obeliskens errichten. Bei der Entscheidung zog der Ausschuss Fachleute wie den Landesbaupfleger und das Amt für Denkmal und Friedhof in Münster zu Rate. Schließlich wählte er den Entwurf von Heinz Hollenhorst, weil dieser sich besser einfügte. Werner A. Boettcher schrieb 1985 über die beiden Denkmale: „Ein Mahnmal, gestaltet von Heinz Hollenhorst, erinnert an den Krieg, der keinen Stein auf dem anderen läßt, und im Chaos endet. Während der Obelisk von 1923 den ‚Heldentod für Deutschlands Bestand und Ehre‘ verherrlicht und mythisch verklärt, gemahnt das nebenstehende Denkmal aus unserer Zeit an das ungezählte Leid und den mannigfaltigen Tod, den dieser letzte Krieg über die Völker brachte.“

„Tauziehen um die Hauptschulen“

Im April 1968 mussten die Gemeinden des Amtes Verl sich über die Neuordnung des Schulwesens einigen

Die Landesregierung hatte bestimmt, dass zum Beginn des zweiten Schulhalbjahrs 1968 die Volksschulen in zwei neuen Schulformen aufgehen sollten: Die Grundschulen fassten die ersten bis vierten Klassen zusammen. Die Hauptschulen ersetzten die bisherige Volksschuloberstufe mit den fünften bis achten Klassen und fügten ein abschließendes neuntes Schuljahr hinzu. Vor allem die Hauptschulen sollten die Schülerinnen und Schüler besser als die Volksschulen „auf die Berufsreife vorbereiten und den Zugang zu weiteren Bildungswegen öffnen“, schrieben die Zeitungen – „durch neue Bildungspläne, das Fach Arbeitslehre und einen differenzierten Unterricht“.

Gerne hätte jede der fünf Gemeinden des Amtes Verl eine eigene Hauptschule eingerichtet – um den Kindern weite Schulwege zu ersparen, aber auch, um die eigene Anziehungskraft für bauwillige Familien zu steigern. Doch das Land verpflichtete die Schulträger in der Regel, mindestens zweizügige Hauptschulen zu schaffen, und in keiner der amtsangehörigen Gemeinden Verl, Bornholte, Sende, Österwiehe und Schloß Holte wohnten dafür genügend Kinder. So traten die Gemeinden in Verhandlungen ein, um Schulverbände zu bilden. In dem Ergebnis zeichnete sich die geplante Neuordnung der Gemeinde- und Verwaltungsbezirke, die sogenannte kommunale Neugliederung, bereits ab: Verl bildete gemeinsam mit Bornholte und dem westlichen Teil Sendes (Schulbezirk Brisse) einen Schulverband, Schloß Holte mit dem östlichen Teil Sendes (Schulbezirk Elbracht). Standorte der zwei neuen Hauptschulen sollten Verl und Sende werden.

Allein Österwiehe wollte sich nirgends anschließen. Die Gemeinde, auf deren Gebiet sich der größere Teil des Dorfes Kaunitz mit einem modernen Volksschulgebäude aus dem Jahr 1965, der weithin bekannten Markthalle und der Marienkirche befand, hoffte auf eine Sondergenehmigung für die Einrichtung einer einzügigen Hauptschule. Denn ohne Hauptschule, so fürchteten die Mitglieder des Gemeinderats, sei das Dorf „tot“: Wenn die Kinder für den Besuch der weiterführenden Schule „nach auswärts“ fahren müssten, sagte Ratsherr Brink, „wäre der Ort Kaunitz, der gerade mehr als alle anderen in den letzten Jahren im ganzen Bundesgebiet durch das Marktwesen einen guten Namen erhalten hat, zum Untergang verurteilt. Niemand würde hier mehr bauen.“ So entschied sich der Gemeinderat im April 1968 dafür, zunächst keinen Beschluss für die Bildung eines Schulverbands mit Verl oder mit Schloß Holte zu fassen.

„Realschule mit Turnhalle und Lehrschwimmbecken“

Im Mai 1968 weihte die Gemeinde Verl das Realschulgebäude und die Kleinschwimmhalle am Kühlmannweg ein

Die Tage der Kleinschwimmhalle der Realschule im Schulzentrum sind gezählt. Nach 50 Jahren ist sie von Grund auf sanierungsbedürftig und wird, so hat es der Rat beschlossen, durch ein vollgültiges Hallenbad ersetzt. Geplant ist ein Sportbad mit 25 Meter langen Bahnen für die Schulen, die Vereine und die Öffentlichkeit. Teile des Realschulgebäudes werden dafür weichen. Denn die Realschule läuft (wie auch die Hauptschule) in diesem Jahr zugunsten der Gesamtschule aus.

Als die Gemeinde Verl vor 50 Jahren, am 9. Mai 1968, das Realschulgebäude einweihte, waren alle Beteiligten darauf sehr stolz. Denn nun war das eigene Haus der ersten weiterführenden Schule im Amt Verl endlich fertig. Bereits am 1. April 1964 hatte die Realschule ihre Arbeit aufgenommen, doch der Unterricht fand zunächst in der Dorfschule, der Marienschule, statt: Zu diesem Zeitpunkt hatten die Bauarbeiten für das neu zu errichtende Realschulgebäude, das am Kühlmannweg stehen sollte, noch gar nicht begonnen. Erst einmal musste die Gemeinde einen Architektenwettbewerb um den besten Vorentwurf zum „Schulbau einer einzügigen Realschule mit Turnhalle und Lehrschwimmbecken“ ausrichten. Ihn gewann Hermann Mertens aus Gütersloh. Der Architekt zeichnete am 9. Mai 1968 für die geladenen Gäste die Baugeschichte des nun vollendeten Realschulgebäudes nach: „Baubeginn am 1. September 1965, ein Jahr später Feier des Richtfestes, am 1. Dezember 1966 Freigabe des Klassentraktes, September 1967 Fertigstellung der Sonderklassen und im März 1968 Abschluß der Sportstätten und Außenanlagen“, schrieben die anwesenden Journalisten mit.

Zu den Sportstätten gehörte auch das Lehrschwimmbecken mit höhenverstellbarem Hubboden und einer Bahnlänge von 16,7 Metern, an dem die Sportvereine und die Bürgerinnen und Bürger von Anfang an großes Interesse bekundeten. Zunächst hatte die Gemeinde Verl geplant, die Kleinschwimmhalle allein den Schulkindern vorzubehalten, für deren Schwimmunterricht nun erstmals ein Schwimmbecken innerhalb des Amtsbezirks zur Verfügung stand. Doch die vielfach vorgetragenen Wünsche aus der Bevölkerung bewirkten, dass sie es nach einem festgelegten Stundenplan für alle öffnete.

Aber vorher machte sich am Sonntag, dem 12. Mai 1968, der Rat der Gemeinde Verl einen Spaß: Angeführt von Bürgermeister Dreismann sprangen die Mitglieder als „erste Bürger“ ins Wasser. Alle trugen dabei altmodische gestreifte Badeanzüge – zur Erheiterung der Zuschauerinnen und Zuschauer, denn es war „Tag der offenen Tür“. Am nächsten Abend begann unter der Aufsicht von Lehrerin Lazura und Lehrer Sukarny zwischen 19 und 22 Uhr der öffentliche Badebetrieb, der zukünftig immer montags, mittwochs und freitags stattfinden sollte.

Doch nachdem „schon an den ersten Abenden 160 und mehr Besucher im Bad“ waren, wurden keine vierzehn Tage später die Öffnungszeiten „mit Rücksicht auf den Zuspruch verlängert“. Nun stand „das Schwimmbecken an folgenden Wochentagen zu folgenden Zeiten zur Verfügung: Montags von 19 bis 22 Uhr, dienstags von 16 bis 18 Uhr für Mütter mit Kleinkindern, mittwochs von 16 bis 22 Uhr und freitags von 16 bis 22 Uhr“. Bis heute ist die Kleinschwimmhalle an vier Tagen in der Woche für mehrere Stunden für alle „Wasserratten“ geöffnet.

„Das Gespenst der Neugliederung“

Im Juni 1968 machten die fünf Gemeindevertretungen im Amt Verl im Vorfeld der Verwaltungsgebietsreform ihre unterschiedlichen Standpunkte deutlich

Für die Gemeinden Sende und Österwiehe war sie tatsächlich ein unheimliches „Gespenst“: die kommunale Neugliederung oder Verwaltungsgebietsreform – jedenfalls so, wie sie sich der Oberkreisdirektor des Landkreises Wiedenbrück vorstellte.

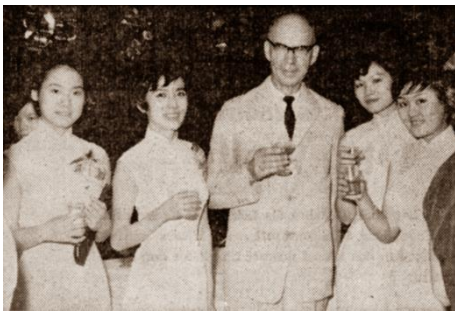
Dass diese Reform kommen würde, hatte die Landesregierung beschlossen. Überall in Nordrhein-Westfalen gab es noch kleine politische Gemeinden wie Verl, Bornholte, Sende, Österwiehe und Schloß Holte, deren Grenzen aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts stammten. Jetzt, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, behinderten die alten Grenzen die Entwicklung dieser kleinen Gemeinden. Durch ihren Zusammenschluss zu größeren Gemeinwesen sollten zukunftsweisende Planungen möglich werden – eine geordnete Flächennutzung und Bebauung, die Herstellung einer zentralen Trinkwasserversorgung, die Einrichtung weiterführender Schulen oder der Ausbau bereits bestehender Krankenhäuser.

Seit 1838 hatten die politischen Gemeinden Verl, Bornholte, Sende, Österwiehe und Schloß Holte (bis 1964: Liemke) ein gemeinsames Verwaltungsgebiet gebildet: das Amt Verl. Die Amtsverwaltung mit Sitz im Dorf Verl erfüllte die gesetzlichen Aufgaben der fünf Gemeinden und setzte ihre Beschlüsse um. Jetzt, nach 130 Jahren, schlug der Oberkreisdirektor vor, im Zuge der Verwaltungsgebietsreform das Amt Verl zu teilen: Verl, Bornholte und der südwestliche Teil Sendes sollten mit Österwiehe eine neue Gemeinde bilden, Schloß Holte mit dem östlichen Teil Sendes eine zweite. Der nordwestliche Teil Sendes mit der Teilanstalt Eckardtsheim der von Bodelschwingh'schen Anstalten schließlich sollte an die Sennestadt gehen. Diese Dreiteilung ließ sich mit bereits bestehenden kirchlichen, schulischen und wirtschaftlichen Bindungen Sendes an die Nachbargemeinden begründen. Dennoch lehnte der Rat der Gemeinde Sende die Teilung ab: Die „soziologischen Beziehungen innerhalb des Amtes“ seien „doch viel stärker als (diejenigen) zu den Nachbarräumen“, hielten die Journalisten, die die Sitzung besuchten, als Begründung fest. Stattdessen sollten sich alle fünf Gemeinden innerhalb des Amtes zusammenschließen: „Diese Möglichkeit brächte keine bedeutenden Veränderungen mit sich.“ Auch „die Beibehaltung einer (bereits bestehenden) leistungsfähigen Verwaltung“ spräche dafür. Diesem Ansinnen schlossen sich die Gemeinden Verl und Bornholte an. Schloß Holte hingegen strebte mit der Zustimmung zur Teilung des Amtes die lang ersehnte Selbständigkeit an. Die Gemeinde Österwiehe schließlich mochte weder dem Vorschlag, das Amt zu teilen, noch dem, eine Großgemeinde zu bilden, folgen. Obwohl alle Zeichen in Richtung Zusammenschluss und Vergrößerung wiesen, hoffte der Rat noch immer darauf, dass die Verwaltungsgebietsreform die Gemeinde Österwiehe in eine selbständige „Gemeinde Kaunitz“ verwandeln würde. Amtsdirektor Dr. Klose fand mit seiner Empfehlung, sich für die Großgemeinde zu entscheiden, auch hier kein Gehör.

Ein Prinz aus Formosa

Im Juli 1968 war der Missionar Pater Peter Venne zu Gast auf dem Fest der St.-Hubertus-Schützengilde Verl

„P. Venne aus Formosa Kronprinz mit einem Schuß“ – unter dieser Überschrift berichtete eine der örtlichen Zeitungen im Juli 1968 über das Schützenfest der Verler Gilde. Ein Prinz aus Formosa? Uns Heutigen gibt das ein kleines Rätsel auf. Denn nur noch wenige wissen, dass Formosa – „die Schöne“ – der portugiesische Name der Insel Taiwan war. Diese Insel bildet das Gebiet des 1950 ausgerufenen Staates „Taiwan – Nationale Republik China“. Hierher hatte sich die Kuo-min-tang-Regierung unter Tschiang-kai-schek vom chinesischen Festland zurückgezogen, nachdem die Kommunisten sie im Bürgerkrieg geschlagen hatten. Und hier, in der Hauptstadt Taipeh, war der Steyler Missionar Pater Peter Venne aus Verl Professor an der Fakultät für Anglistik der Fu-Jen-Universität. 1968 war er erstmals seit sieben Jahren wieder zu Gast in seiner Heimat in Verl und vertrat Pfarrer Josef Ludwig auf dem Schützenfest: „Pater Venne feuerte den ersten Schuß ab und traf die Krone. Als Kronprinz fuhr er nachmittags mit Ehrenoberst Josef Pollmeier und Brudermeister Adolf Piepenbrock im Festzug mit.“ So kam es zu dem „Prinz aus Formosa“.



Das Foto, das Pater Venne den örtlichen Zeitungen zur Verfügung stellte, zeigt ihn im Kreise seiner Studentinnen.

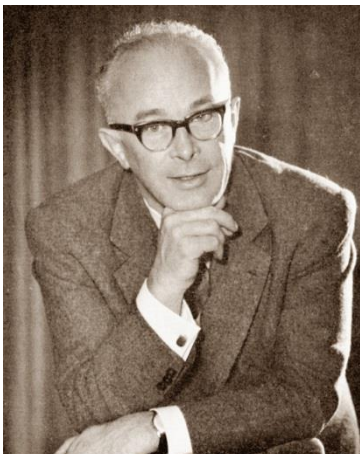
Pater Venne war in Verl aufgewachsen, wo seine Eltern die „Bunten Mühle“ am Ölbach in der Sürenheide bewirtschafteten. Bereits im Alter von 12 Jahren trat er 1925 in die Steyler Missionsschule in Bad Driburg ein. Die „Steyler Missionare“ sind Angehörige der „Gesellschaft des göttlichen Wortes“, auf Lateinisch „Societas Verbi Divini“ (SVD). 1875 in Steyl in den Niederlanden gegründet, wollte diese Ordensgemeinschaft den katholischen Glauben in nichtchristlichen Ländern verbreiten. So war Pater Venne nach seiner Priesterweihe zunächst nach China entsandt worden, wohin er im Kriegsjahr 1940 mit der Transsibirischen Eisenbahn reiste. In Peking lernte er Philosophie und Theologie Chinesisch und lehrte bis 1946 an der Fu-Jen-Universität. Mit der Machtübernahme der Kommunisten ging China „den Missionen verloren“. Seine Gemeinschaft ordnete Pater Venne, der inzwischen Anglistik studiert hatte, daher von 1951-1961 nach Japan an die Nanzan-Universität in Nagoya ab. 1962 wechselte er an die neue Fu-Jen-Universität in Taipeh. Sie war mit Mitteln der Katholischen Kirche sowie mit Geld aus Amerika und Deutschland aufgebaut worden. Pater Venne beschrieb sie als ein offenes Haus: „Die Fu Jen ist eine katholische Universität in dem Sinne, daß sie von der katholischen Kirche geleitet und unterhalten wird. Die große Mehrzahl der Studenten ist nicht christlich, und die jungen Leute haben natürlich volle religiöse Freiheit. Die meisten bekennen sich zu keiner Religion.“

„Spannungsreich miteinander verkehrende Räume“

Im August 1968 wollte der Rat in Verl als Ergebnis der Verwaltungsgebietsreform die Bildung einer Großgemeinde

Bereits im Juni hatte der Rat der Gemeinde Verl zu der von der Landesregierung geplanten Verwaltungsgebietsreform Stellung genommen, die größere und damit leistungsfähigere Gemeinwesen hervorbringen sollte. Er hatte diese Stellungnahme jedoch noch nicht in einen Beschluss umgewandelt. Das musste der Rat jetzt, im August 1968, tun.

Oberkreisdirektor Scheele war bei der Sitzung im Saal der Gastwirtschaft Ameling zu Gast, um noch einmal für seinen Vorschlag für die Gebietsreform zu werben. Er wollte das zu seinem Landkreis Wiedenbrück gehörige Amt Verl teilen: Verl, Bornholte und der südwestliche Teil Sendes sollten mit Österwiehe eine neue Gemeinde bilden, Schloß Holte mit dem östlichen Teil Sendes eine zweite. Der Oberkreisdirektor begründete seinen Vorschlag damit, dass seit langem „die Räume Verl und Schloß Holte auseinanderstrebten“. Die anwesenden Zeitungsreporter schrieben seine Worte mit: „Man dürfe bei einer Gebietsreform nicht die Gegebenheiten der beiden ‚so spannungsreich miteinander verkehrenden Räume‘ übersehen.“



Oberkreisdirektor Scheele warb in Verl für seinen Vorschlag für die Gebietsreform.
Die Porträt-Fotografie stammt aus der Veröffentlichung „Männer der Verwaltung“ des Landkreises Wiedenbrück.

Doch die Ratsmitglieder und auch Amtsdirektor Dr. Klose teilten diese Auffassung nicht. „Wenn der Holter Wald als Stadtwald dazwischen liege, sei das gar nicht so schwierig“. Dann könne sich das Dorf Verl doch einfach südlich davon nach Osten und die Ortschaft Schloß Holte nördlich davon nach Westen entwickeln. Sie wollten weiterhin den Zusammenschluss aller fünf Gemeinden des Amtsbezirks zu einer neuen Großgemeinde: Denn nicht nur „die menschlichen Beziehungen innerhalb des Amtes seien groß“, sondern auch die strukturellen und finanziellen Möglichkeiten, die sich durch einen solchen Zusammenschluss ergäben. Viel eher als zwei neue kleine Gemeinden könne eine neue Großgemeinde, zumal gestützt auf die bestehende „schlagkräftige“ Verwaltung, anstehende notwendige Vorhaben wie den Bau einer zentralen Wasserversorgung, die fortlaufende Modernisierung des Krankenhauses, die Einrichtung eines Hallenbades, eines Freibades und eines Gymnasiums verwirklichen. (Der Hinweis des Oberkreisdirektors, dass sich so bei der Klärung von Standortfragen „die gleichen Schwierigkeiten wie bisher“ ergäben, blieb anscheinend ohne Entgegnung.) So fasste der Rat den entsprechenden Beschluss.

Doch letztlich kam es anders: Das „Gesetz zur Neugliederung des Kreises Wiedenbrück und von Teilen des Kreises Bielefeld“ („Wiedenbrück-Gesetz“), das am 1. Januar 1970 in Kraft trat, löste das Amt Verl auf, und zwei neue Gemeinden entstanden: Verl und Schloß Holte-Stukenbrock. Letzteres gehörte jetzt allerdings nicht mehr zum Kreis Wiedenbrück, sondern zum Kreis Bielefeld. Den wiederum hob das „Gesetz zur Neugliederung des Raumes Bielefeld“ („Bielefeld-Gesetz“) zum 1. Januar 1973 ebenso auf wie die Kreise Halle und Wiedenbrück – Verl und Schloß Holte-Stukenbrock gehörten nun zum neu gebildeten Kreis Gütersloh.

„Nicht die ersten vernünftigen Menschen auf dieser Welt“

Im September 1968 sprach Weihbischof Johannes Joachim Degenhardt auf dem Dekanatstag der katholischen Jugend in der Schützenhalle in Verl

In den Zeitungen, im Radio und im Fernsehen gibt es im Augenblick viele Beiträge, die auf das Jahr 1968 zurückblicken. Sie erinnern darin an ein „Jahr des Aufbruchs“, in dem sich die „Jugend gegen die herrschenden Verhältnisse“ auflehnte, wie es beispielsweise die Redaktion der „Tagesschau“ auf ihrer Website zusammenfasst. Der Historiker Manfred Mai schreibt in seinem Buch „Deutsche Geschichte“ über das Jahr 1968: „Nach dem ständigen Wachstum der vergangenen 20 Jahre schien es so, als würden die Bundesbürger zum ersten Mal Atem holen. Von der kritischen Intelligenz und vor allem von der jungen Generation wurden sie gefragt, ob dieses Leben, das sich vorwiegend an materiellen Werten orientierte, wirklich lebenswert sei. Überhaupt wurden die alten Werte und Verhaltensmuster zunehmend in Frage gestellt. Schließlich hatten die preußisch-deutschen Tugenden wie Gehorsam, Ordnungssinn, Pünktlichkeit und Fleiß nach Meinung der jungen Leute in den Nationalsozialismus geführt. Viele warfen nun ihren Eltern und Großeltern vor, immer nur gehorcht und keinen Widerstand gegen die Nationalsozialisten geleistet zu haben. In den Augen der Jugend, insbesondere der studentischen Jugend, hatte die ältere Generation so ziemlich alles falsch gemacht. Als dann die SPD mit ihrem neuen Hoffnungsträger Willy Brandt auch noch mit der CDU/CSU koalierte, wandten sich viele enttäuscht vom parlamentarischen System der Bundesrepublik ab und erklärten sich zur ‚Außerparlamentarischen Opposition‘, kurz APO genannt.“

Dass sich in der katholischen Kirche ebenfalls eine „außerparlamentarische Opposition“ („KAPO“) gebildet hatte, geht aus den Berichten der örtlichen Zeitungen über den Dekanatstag der katholischen Jugend in der Schützenhalle in Verl am 22. September 1968 hervor. Weihbischof Johannes Joachim Degenhardt aus Paderborn bezog sich auf diese Gegenbewegung in seiner Predigt vor den Jugendgruppen der acht Pfarreien und vier Pfarrvikarien des Dekanats Rietberg: Mit den Worten „Es geht hoch her“ beschrieb der 42jährige die Stimmung in der Kirche seit dem gerade zu Ende gegangenen Katholikentag in Essen. Dazu hatte auch die Kritik der „KAPO“ an der am 25. Juli veröffentlichten Enzyklika „Humanae vitae“ Papst Pauls IV. beigetragen, die sich gegen die Verwendung künstlicher empfängnisverhütender Mittel in der Ehe aussprach. Der Bischof hingegen verteidigte in Verl das päpstliche Rundschreiben: „Es sei nur konsequent, wenn der Papst erkläre, grundsätzlich sei die Liebe von dem Ziel der Fruchtbarkeit nicht zu trennen. Wenn man nämlich die Liebe abtrenne, laute die Konsequenz, daß sich der Ausdruck der Liebe (gemeint ist der Geschlechtsverkehr) auch vor- oder außerehelich oder sogar gleichgeschlechtlich vollziehen lasse“. Im Hinblick auf die „Unruhe“ auch unter den jungen Katholiken mahnte er, „die heutige junge Generation solle nicht denken, in ihr lebten die ersten vernünftigen Menschen auf dieser Welt“. Zwar müssten junge Menschen kritisch sein, und „Spannungen zwischen Jung und Alt seien nicht neu. Aber alles was an dem Alten verbesserungswürdig sei, solle die Jugend vorher prüfen und dann erst ihre Verbesserungsvorschläge unterbreiten.“

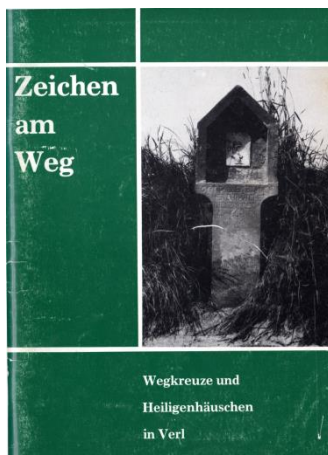
Seiner konservativen Haltung blieb Johannes Joachim Degenhardt, zuletzt Erzbischof und Kardinal, auch später treu – in der Auseinandersetzung mit dem Kirchenkritiker Eugen Drewermann, dem er 1991 die Lehrerlaubnis entzog, ebenso wie bei der „Neuordnung der Schwangerschaftsberatung in

der Erzdiözese Paderborn“, die der Ausstellung von Beratungsscheinen, die für einen straffreien Schwangerschaftsabbruch notwendig sind, 1999 ein Ende setzte.

„Nicht ohne die Absicht, sofort ein neues Heiligenhäuschen zu bauen“

Im Oktober 1968 hatte Theobald Gerkens 300 Arbeitsstunden eingesetzt

Wo das ländliche Westfalen katholisch ist, stehen an Straßen und Wegen, häufig in der Nähe von Hofeinfahrten, Heiligenhäuschen. Diese kleinen Bauwerke bergen in der Regel ein religiöses Bildnis, eine Figur Jesu Christi, seiner Mutter Maria, einer Heiligen oder eines Heiligen. Sie sind „als ein Zeichen des Dankes und der Fürbitte, als immerwährender Ausdruck eines Gebetes“ derjenigen zu verstehen, die es errichtet haben. So erklärt es Werner A. Boettcher in seiner Veröffentlichung „Zeichen am Weg“ über „Wegkreuze und Heiligenhäuschen in Verl“: „Unsere Vorfahren spürten weit mehr als wir Heutigen, daß das menschliche Glück nicht von uns selbst allein geschaffen werden kann. Diese Erfahrung ließ sie auf Gottes Segen hoffen, dieses Bewußtsein sprach sich in Dankbarkeit aus.“



Werner A. Boettcher veröffentlichte seine erste Schrift über die „Zeichen am Weg“ in Verl im Jahr 1982. Das auf der Titelseite abgebildete Heiligenhäuschen steht, inzwischen neu hergerichtet, am Rüschenweg.

Zu den ältesten Heiligenhäuschen in Verl aus dem 18. Jahrhundert und denjenigen aus dem 19. Jahrhundert sind bis in die jüngste Zeit weitere gekommen und legen Zeugnis ab von einem lebendigen Glauben. Doch geschah und geschieht der Bau eines neuen Heiligenhäuschens im Ganzen gesehen eher selten – er war und ist ein Ereignis, das den örtlichen Zeitungen einen Hinweis wert ist. So fanden sich die Berichtstatter im Oktober 1968 am Haus der Familie Gerkens in der Feuerbornstraße ein. Dort hatte Theobald Gerkens nach eigenen, mit Pfarrvikar Waldemar Joachimsky abgestimmten Entwürfen in 300 Arbeitsstunden ein neues Heiligenhäuschen errichtet. Dem Anlass entsprechend, hatte er „nur bestes Material“ verwendet: Klinker, Glasbausteine und Goldmosaiksteinchen bildeten den Rahmen für eine Figur der Maria mit dem Jesuskind auf dem Arm. Sie hatte bereits einige Jahre lang in einer Grotte aus Bruchsteinen am Haus Gerkens gestanden, die „jedoch, nachdem die Feuerbornstraße im Frühjahr eine neue Straßendecke erhielt, die Sicht versperrte und im Interesse der Hausbewohner abgerissen wurde. Die Eheleute taten das nicht ohne die Absicht, sofort ein neues Heiligenhäuschen zu bauen.“

Die Marienfigur war die Schöpfung eines zeitgenössischen heimischen Künstlers, des akademischen Bildhauers Heinrich Erlenkötter (1922-1979) aus Wiedenbrück: Eine 80 cm hohe „Maria Königin“ mit dem Kind, aus Stein, aufgestellt im Jahr 1959. Sie lädt bis heute die Vorbeifahrenden und Vorübergehenden in der Feuerbornstraße zu einem Augenblick des Innehaltens ein.

„Startschuß für umfangreiche Bautätigkeit“

Bis in den November 1968 hinein berichteten die Zeitungen über den endlich beschlossenen „Bebauungsplan ‚Helfgerd‘“

Um einer weiteren Zersiedlung vorzubeugen, hatte das Bundesbaugesetz aus dem Jahr 1960 den Gemeinden die Planung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung auferlegt. Als der Rat der Gemeinde Verl sich im Sommer 1962 mit der weiteren Erschließung der Sürenheide beschäftigte, richtete er den Blick auf die benachbarte neue Sennestadt, und beschloss, ihrem Erbauer, dem Architekten Hans Bernhard Reichow, einen entsprechenden Auftrag zu erteilen.

Im Dezember 1965 legte die Gemeinde den inzwischen von Architekt Reichow entworfenen Flächennutzungsplan offen: Er schlug vor, eine Siedlung mit rund 250 Wohnungen – denn die Gemeinde Verl beobachtete „ein starkes Zuzugsgefälle von Avenwedde nach Verl“ – an einer noch anzulegenden Wasserfläche (dem heutigen „Verler See“) zu errichten. Als Standort hatte der Planer den Hof Helfgerd und seine Ländereien ausgewählt. Dessen Besitzer Alois Helfgerd war nach langwierigen Verhandlungen bereit, der Gemeinde einen Großteil seines Hofes als Bauland abzutreten: Im März 1968 beschloss der Rat den Kauf des Geländes. Nun fehlte noch ein Bebauungsplan, der die Anlage der geplanten Siedlung bis in die Einzelheiten regelte.



Diesen Blick über den Verler See auf die Hochhausanlagen der Helfgerd-Siedlung veröffentlichten Friedrich Adämmer und Udo Graffunder 1991 in ihrem Buch „Verl, unsere Gemeinde“.

Als der Bebauungsplan vorlag, offenbarte er, dass Reichow eine dem modernen Bauen seiner Zeit verpflichtete, betont städtisch-verdichtete und bislang im Verler Land unübliche Bauweise gewählt hatte: Neben kleineren Einfamilien- und größeren Mehrfamilienhäusern gab es drei Wohnanlagen, die letztlich bis zu acht Stockwerke in die Höhe reichten. Als er seinen Entwurf im August 1968 dem Rat erläuterte, fand er keineswegs nur Beifall, wie die Berichterstatter festhielten: Ratsherr Mühlkord (CDU) empfand diese Bauweise als „zu massiv“ und Bürgermeister Dreismann (CDU) fürchtete, die „bestehende Bebauung der Sürenheide könne durch die hohen Bauten im Gebiet Helfgerd zu stark abgeschirmt werden“. Doch der Architekt entgegnete, „es gelte, auch auf ebenen Gelände die Monotonie aus der Bebauung zu vertreiben, indem man die einzelnen Bauten durch ihre Höhe einander terrassenförmig zuordne“. Die Mehrheit der Ratsmitglieder entschloss sich im Oktober 1968, dem Bebauungsplan Reichows, der jetzt rund 300 Wohnungen vorsah, zuzustimmen: Sie mochten darin „eine einmalige Chance sehen, städtebaulich einen Schritt in die Zukunft zu tun“, wie es SPD-Fraktionssprecher Fleiter bereits bei der Sitzung im August ausgedrückt hatte.

„Geballte strukturelle Umwälzungen“

Im Dezember 1968 verabschiedeten Amt und Gemeinden im Vorfeld der kommunalen Neugliederung zum letzten Mal ihre Haushalte

Wehmütige Abschiedsstimmung allenthalben – und das nicht nur, weil sich das Jahr dem Ende zu neigte: Dies spiegeln die Berichte in den örtlichen Zeitungen im Dezember 1968 wieder. In der Vertretung des Amtes Verl und in den Räten der fünf amtsangehörigen Gemeinden Verl, Bornholte, Sende, Österwiehe und Schloß Holte hieß es: „Mit dem Plan für das Jahr 1969 verabschieden wir unseren letzten Haushalt.“ Denn zum 1. Januar 1970 würde die kommunale Neugliederung in Kraft treten – nach über 150 Jahren würde das Amt Verl mit seinen fünf politisch selbständigen Gemeinden dann aufgelöst. Stattdessen würde es eine neue Gemeinde Schloß Holte-Stukenbrock und eine neue Gemeinde Verl geben. In diese neue Gemeinde Verl würden die Gebiete der alten Gemeinde Verl (mit Ausnahme der Fläche westlich der Autobahnauffahrt), der Gemeinde Bornholte, der Gemeinde Sende (westlicher Teil), der Gemeinde Österwiehe (mit Ausnahme des südwestlichen Endes) und der südöstliche Teil der alten Gemeinde Schloß Holte (Liemke) eingehen und außerdem die Gebiete „Bahnhof“ und „Eiserweg“ aus der Gemeinde Varenzell.

„Geballte strukturelle Umwälzungen“, so formulierte es Amtsdirektor Dr. Hans-Georg Klose in einer seiner Haushaltsreden im Dezember 1968, waren im Gange. Damit bezog er sich nicht nur auf die kommunale Neugliederung, sondern auch auf die Veränderungen im Schulwesen: An die Stelle der Volksschulen waren in diesem Jahr die Grund- und die Hauptschulen getreten. Die Hauptschulkinder aus Verl, Bornholte und dem westlichen Teil Sendes gingen seit dem September alle in Verl zur Schule. Sie verteilten sich auf die St.-Georg-Schule Sürenheide und die Marienschule, denn ein eigenes Hauptschulgebäude gab es noch nicht. Ein eigenes Gebäude besaß aber seit dem Mai offiziell die Realschule Verl, die die Gemeinde Verl 1964 als erste weiterführende Schule für alle Kinder im Amt Verl eingerichtet hatte.

So zeigte sich im Schulwesen, dass die alten Grenzen bereits an Bedeutung verloren. Bei den Grenzbegehungen der Gemeinderäte zum Jahresende 1968, den sogenannten Schnatgängen, war allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern bewusst, dass viele Vorhaben, die sie beschlossen hatten, erst in der neuen Gemeinde Verl Gestalt annehmen würde.

Während die Verler Gemeinderäte für ihre Bereisung den Bus nahmen, gingen die Bornholter zu Fuß. Der Journalist, der sie begleitete, beobachtete: „An mehreren Stellen wurde die Gemeindegrenze zu Verl überquert, ohne daß es einem Außenstehenden aufgefallen wäre. So kam zwangsläufig das Gespräch auf die kommunale Neugliederung“.